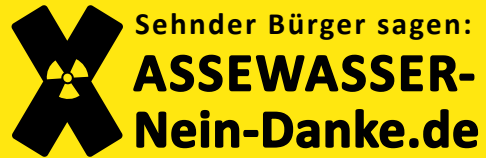


Es geht uns alle an!
Damit am Ende niemand sagen kann:
„Ich habe davon nichts gewusst!“



Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger Sehndes,

die Bürgerinitiative **Assewasser-nein-Danke.de** gründete sich im August 2017, als bekannt wurde, dass isotonenhaltige Salzwässer aus dem problematischen Versuchsendlager Asse II nach Sehnde gefahren werden sollen, um diese in unsere Bergwerke einzuleiten.

Wir haben Bedenken dagegen und protestieren, da wir befürchten:

- **dass künftig mehr und auch stärker belastetes Wasser als bisher angekündigt nach Sehnde gelangen könnte, von dem eine Gesundheitsgefahr ausgeht,**
- **dass im Falle eines Unfalls während des Transportes belastetes Wasser auf Sehnder Böden gelangt und schädliche Stoffe freigesetzt werden und**
- **die Familienstadt Sehnde hierdurch Schaden erleiden, die Gesundheitsgefahr für die Bevölkerung steigen und das Grundeigentum an Wert verlieren könnte.**

Wussten Sie, dass wir seit Jahren auch eine „Bauschuttrecycling-Deponie“ mitten in Sehnde haben. Projekt: „begrünter Kaliberg“?

Diese genehmigte Deponie ist ebenfalls seit 2001 zur Annahme von freigemessenem Bauschutt und Abfällen aus rückzubauenen Atomanlagen berechtigt. Der Schacht als auch der Berg liegen unmittelbar im Stadtzentrum und können zur Gesundheitsgefährdung führen.

Anbei erhalten Sie das Faltblatt mit dem Titel „Freigemessen und vergessen“.

Hiermit erhalten Sie wichtige Informationen zu den Folgen der im Jahre 2001 geänderten Gesetzeslage zum atomwirtschaftlichen Umgang mit radioaktiv belasteten Abfällen und deren Entsorgung.

Diese Gesetzgebung der Freimessung nach Grenzwert gilt für alle radioaktiv belasteten Stoffe und Abfälle zur Entsorgung – auch für alle jetzigen und vermutlich zukünftigen Wässer aus der ASSE III!

Eine unhaltbare Zumutung für die Stadt Sehnde als Familienstadt!

Daher hat der Rat der Stadt Sehnde am 14.12.2017 einstimmig eine Resolution **gegen die Einleitung des Assewassers** in Sehnde verabschiedet. Da das K+S Gelände, direkt im Zentrum Sehndes, dem sog. „Bergrecht“ unterliegt, bedeutet das, dass die Stadt Sehnde keinerlei Widerspruchsrecht in Bezug auf das Genehmigungsverfahren des Landesamtes für Bergrecht, Energie und Geologie hat. **Also: Fremdbestimmung für unser Leben hier!**

!!! WICHTIGER TERMIN DAZU!!!

Mittlerweile jedoch hat das Umweltministerium das LBEG (Landesamt f. Bergrecht) angewiesen, die Stadt anzuhören! Am 13.03.2018 von 18:00 – 20:00 Uhr findet dazu eine außerordentliche öffentliche Sitzung des Rats zur Verabschiedung dieser Stellungnahme statt. Da müssen wir alle mitreden!

Also: je mehr Bürger/Innen am 13.03.2018 zum Rathaus kommen, umso mehr wird der Widerstand sichtbar!